

«Grauer Brief»

«DIE EU WIEDERHOLT IN MANNIGFACHER WEISE DIE ELITEN-ARROGANZ, DIE SO UNHEILVOLL IN DER EUROPÄISCHEN GESCHICHTE WIRKTE.»



PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

MAI 2007

117.

AUSGABE

ÜBER 46 000 MITGLIEDER UND SYMPATHISANTEN

LESERBRIEFE

WERTE EUROTURBOS!

Die EU-Diktatur zeigt wieder einmal ihr wahres Gesicht im Steuerstreit mit der Schweiz. Die EU ist nicht fähig, im Wettbewerb mit der «kleinen» Schweiz mitzuhalten. Wir importieren Güter für rund 20 Milliarden Franken mehr aus der EU als wir exportieren. Wer ist nun der Profiteur unserer bilateralen Abkommen – wohl die EU! Was wäre, wenn die EU die niedrigeren Steuersätze als die Schweiz hätte? Die EU würde sich keinen Deut um unsere Steuersätze kümmern.

P.S.: Irland mit dem höchsten Wachstum in der EU hat die tieferen Steuersätze für Holdinggesellschaften als die Kantone.

Simon Stähli, Unternehmer aus Hofstetten BE

LANDESVERRÄTER

Die SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer möchte das Schweizer Steuersystem den EU-Wünschen anpassen. Da sie das auf üblichem innenpolitischem Weg nicht erreicht, steckt sie ihr Anliegen der EU und hofft, diese werde es für sie richten. Diese Taktik wird offensichtlich in gewissen EU-Ländern häufig angewendet, wie wir in einem interessanten Artikel von Roman Herzog, dem ehemaligen deutschen Bundespräsidenten, kürzlich lesen konnten. Das ist wohl einer der Gründe, weshalb die SP in die EU will: Mit ihrer Hilfe möchte die SP die Schweiz versozialisieren. Leute, die mit ausländischen Organisationen zusammen gegen die Interessen der Mehrheit des eigenen Volkes arbeiten, hat man 1939 bis 1945 Landesverräter genannt. Hoffen wir, dass die heute so Agierenden im Wahl-Oktober 2007 erhalten, was sie verdienen.

Dr. Georg Stamm, Embrach ZH

SYMBOL DER ARROGANZ ZERSCHELLT

Ein Kampfflugzeug der deutschen Luftwaffe (ein EU-Tornado) zerschellt an den soliden Berner Alpen. Das sollte arroganten Politikern, die unsere direkte Demokratie mit Füßen treten, ein Menetekel sein. Bedauerlich ist allein die Tatsache, dass zwei Piloten bei dieser unsinnigen Übung zu Schaden gekommen sind. BAZL-Pressesprecher Göring bezeichnete den Einsatz der deutschen Luftwaffe über schweizerischem Hoheitsgebiet als «Navigationsflug». Man muss sich schon fragen, was teutonische Kampfflugzeuge im Lauterbrunnental zu suchen haben. Offensichtlich hat der für seinen mangelnden Respekt gegenüber dem Volkswillen berüchtigte Generalissimus Keckeis den Anschluss an die NATO bereits vollzogen. Es ist an der Zeit, dass Verteidigungsminister Samuel Schmid endlich das Primat der Politik durchsetzt. Sonst muss man damit rechnen, dass bisher armeefreundliche Stimmbürger auch noch zur GSoA überlaufen.

Armin Buchenel, Ins BE

ICH BIN ERSCHÜTTERT

Jetzt soll also auf die Abgabe der Taschenmunition an Armeeinghörige zur Aufbewahrung zu Hause verzichtet werden. Es ist erschütternd, wie gewisse Parlamentarier fundamentale Säulen der schweizerischen Wehrtradition glauben preisgeben zu müssen. Die Linke lacht sich derweil ins Fäustchen. Ihr Ziel ist es ja, unsere Armee abzuschaffen – nun eben in kleinen Häppchen.

Obwohl es zynisch klingen mag: Der Amoklauf in Virginia, wo kaum eine schweizerische Armeewaffe im Spiel war, sollte zum Nachdenken anregen. Irre werden immer etwas finden, um ihren Wahnsinn ausleben zu können. Da ist keiner auf schweizerische Armeewaffen angewiesen.

Hans Ruedi Huggenberg, Rudolfstetten ZH

WAFFEN INS ZEUGHAUS?

Zweidrittel der Befragten (einer SonntagsBlick-Umfrage) sind für die Entwaffnung der Militärdienstpflichtigen im Zivilleben. Haben sie die Folgen auch schon überdacht? Das ausserdienstliche Obligatorische würde hinfällig. Auch das Feldschiessen als weltweit grösstes Schützenfest würde der Entwaffnung zum Opfer fallen, und unsere ehrenamtlich tätigen Schützenvereine müssten um ihre Existenz bangen. Eine bewährte Tradition würde nutzlos einer Angsthysterie geopfert.

Sind die Waffenmissbräuche nicht viel eher ein beängstigendes Krankheitssymptom unserer Gesellschaft, das verdiente, analysiert zu werden? Glaubt man heute allen Ernstes, man könne unsere Gesellschaft mit Gesetzen und Verboten – ohne sachdienliche Erziehungsarbeit – ins Lot bringen? Wehe, wenn nur noch Unerzogene, die sich nicht um Gesetze kümmern, im Besitz von Waffen sind und unsere Soldaten als der Waffe unwürdig befunden werden! Treffsicher sind Soldaten nur mit ihrer eigenen, selbst eingeschossenen Waffe. Ein Vorteil, der Hitlers Wehrmacht beeindruckte und heute, nachdem sich die so genannt «saubere» Kriegsführung mit präzisen Lenkwaffen als untauglich erwiesen hat, zur Sicherung unserer Neutralität unverzichtbar bleibt.

Peter Baumgartner-Jost, Langenthal BE

**BEITRITTSUNTERLAGEN,
AKTUELLES UND TERMINE
FINDEN SIE AUF
WWW.AUNS.CH**

VOLKSINITIATIVE GEGEN SCHLEICHENDEN EU-BEITRITT

Die von rund 1000 Personen besuchte AUNS-Mitgliederversammlung vom 28. April 2007 hat die Lancierung einer Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte» beschlossen. Um einen schleichenden EU-Beitritt und die fortschreitende Einbindung der Schweiz in andere Grossgebilde zu stoppen, will die Initiative das obligatorische Referendum ausweiten: Staatsverträge und internationale Vereinbarungen in wichtigen Bereichen und oberhalb einer bestimmten Ausgabenlimite sollen künftig zwingend Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden müssen.

Unter dem Titel «Wahrung der Volksrechte statt aussenpolitisches Geschwätz» verurteilte AUNS-Präsident **Dr. Pirmin Schwander** die Aussenpolitik von Bundesrat und Parlament, welche die schweizerische Souveränität und Neutralität zunehmend preisgebe. An die Adresse Brüssels gerichtet, forderte Schwander Respekt vor der schweizerischen Demokratie, vor unserer staatlichen Eigenständigkeit und der Steuerhoheit. Wer in die Steuerhoheit anderer Staaten eingreifen wolle und demokratisch zustande gekommene Regierungskoalitionen in Frage stelle, habe die europäische Idee längst verraten.

EU: Fehlkonstruktion oder Friedenswerk?

Dr. Michael Reiterer beteuerte als «professioneller Europäer», seine Aufgabe als Delegationsleiter der EU-Kommission in der Schweiz sei nicht die Propaganda, sondern lediglich die «Orientierung der Bevölkerung» über die EU. Die Schweiz sei wirtschaftlich mit der EU eng verbunden, und auch politisch teile sie wichtige Werte mit der Union. Zudem sei die Schweiz aufgrund ihrer geografischen Lage im Herzen Europas heute von Nachbarn umgeben, die ihr wohlgesinnt seien. «Doch wer ein Herz sein will, muss Impulse geben – Abseits stehen ist da nicht das richtige Rezept. Innerhalb der Union müssen sich 27 Staaten auf ein Projekt einigen – da ist es dann immer schwierig, für Nicht-Mitglieder Sonderregeln zu vereinbaren.»



Weltwoche-Chefredaktor

Roger Köppel bezeichnete die EU als «institutionelle Fehlkonstruktion», die auf dem Weg zum «Superstaat» nicht mehr wisse, was sie wolle. Der EU fehle eine klare Vorstellung ihrer Ziele, ihrer Identität. Nach dem Scheitern der Verfassung herrsche Ratlosigkeit. Die Zukunft der EU könne nur in



einer Neuorientierung hin zu einer Freihandelszone mit schwachem politischem Überbau liegen.

Aus Schweizer Sicht fallen laut Köppel die schweren Demokratiedefizite der EU besonders ins Gewicht.

«Demokratie bedeutet Volksherrschaft. Ein Volk gibt sich eine Regierung und kontrolliert diese. Bei der EU ist es umgekehrt: Eine Regierung versucht, sich seit Jahrzehnten ein Volk zu geben.» Roger Köppel

Der Erfolg der Schweiz gründe auf ihrer Unabhängigkeit, der direkten Demokratie, der Neutralität, der Selbstverantwortung, dem schlanken Staat, dem Wettbewerb.

AUNS lanciert erstmals eine Volksinitiative

Nach der Erläuterung der Volksinitiative «für die Stärkung der Volksrechte» durch den AUNS-Geschäftsführer **Hans Fehr** stimmte die Versammlung der Lancierung der Initiative einhellig zu.

Der neue Verfassungsartikel lautet:

Artikel 140 Obligatorisches Referendum

Volk und Ständen werden zur Abstimmung unterbreitet:

Absatz 1 Buchstabe d der Bundesverfassung (**neu**)
d. völkerrechtliche Verträge, die

1. eine multilaterale Rechtsvereinheitlichung in wichtigen Bereichen herbeiführen;
2. die Schweiz verpflichten, zukünftige rechtsetzende Bestimmungen in wichtigen Bereichen zu übernehmen;
3. Rechtsprechungszuständigkeiten in wichtigen Bereichen an ausländische oder internationale Institutionen übertragen;
4. neue einmalige Ausgaben oder Kosten von mehr als 500 Millionen Franken oder neue wiederkehrende Ausgaben oder Kosten von mehr als 50 Millionen Franken nach sich ziehen.

IGNORANTEN – OHNE RESPEKT GEGENÜBER LESERN UND DEMOKRATIE

Die BERNER ZEITUNG und die NEUE LUZERNER ZEITUNG haben über die Mitgliederversammlung der AUNS kein Wort berichtet.

Gerade deshalb empfehlen wir Ihnen, die WELTWOCHTE (siehe Beilage) zu abonnieren. Sie berichtet kritisch, ohne ideologische Verblendung und mit Fakten über die schweizerische Aussenpolitik. Mit der Bestellkarte in der Beilage können Sie exklusiv von einem Vorzugsabonnement profitieren.

«Grauer Brief»

Nr. 117 Mai 2007



PUBLIKUMSORGAN
DER AKTION FÜR
EINE UNABHÄNGIGE UND
NEUTRALE SCHWEIZ

INHALT

| | |
|------------------------------------|---|
| LESERBRIEFE | 2 |
| 22. MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER AUNS | 3 |
| SPALTE DES PRÄSIDENTEN | 4 |
| IN EIGENER SACHE | 4 |
| WETTBEWERB | 4 |
| FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT | 5 |
| WIR FRAUEN | 6 |
| AUNS «JEUNESSE» | 6 |
| EU-FOKUS | 7 |
| STANDORT CH | 7 |
| UNO | 8 |
| SCHEIBENWISCHER | 8 |

Titelseite:

Roger Köppel, Chefredaktor der WELTWOCHEN,
an der 22. AUNS-Mitgliederversammlung
vom 28. April 2007

[Bild: Keystone]

Adresse: AUNS, Redaktion, Thunstrasse 113,
Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27,
Fax 031 356 27 28, redaktion@auns.ch,
Postkonto: 30-10011-5

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) ist die grösste überparteiliche Volksbewegung für Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit.

Die Ziele der AUNS: (Art. 2 der Statuten)

- Überwachung der Aussenpolitik des Bundes sowie Orientierung der Mitglieder und des Volkes über die Probleme und die Problematik der schweizerischen Aussenpolitik;
- Einsatz zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Sicherheit der Schweizerischen Eidgenossenschaft;
- Verhinderung von Aktivismus bei der Aussenpolitik und von unnötigen internationalen Engagements.

Die Statuten der AUNS sind auf www.auns.ch abrufbar.

SPALTE DES PRÄSIDENTEN



STOPP DER ARROGANZ

Kaum hat die Schweiz dem Schengen-Abkommen zugestimmt, kaum hat die Schweiz den Lohn- und Preisdruck der Ost-Personenfreizügigkeit in Kauf genommen, kaum hat die Schweiz mit der Ostmilliarde die Exportwirtschaft subventioniert, kommen die EU-Funktio-

näre und greifen unsere kantonale Steuerhoheit an. Dieses Verhalten zeugt von Kolonialismus, Respektlosigkeit vor staatlicher Eigenständigkeit und Hochverrat der europäischen Idee. Mit verbalen Eiertänzen will uns die EU-Kommission weismachen, Gespräche über die Steuerpolitik dürften unter Freunden doch nicht verweigert werden, und die Souveränität der Schweiz würde dadurch nicht gemindert, sondern gestärkt!

In Tat und Wahrheit geht es aber darum, die Mitentscheidung des Schweizervolkes und des kantonalen Stimmvolkes einzuschränken. Bekanntlich posaunen ja auch kantonale Finanzdirektoren den Beginn der materiellen Steuerharmonisierung hinaus und kritisieren mit geradezu widerwärtiger Arroganz die Steuergesetze im eigenen Kanton. Der Drang zur Grösse und Macht macht auch vor den kantonalen Regierungen keinen Halt! Politische Wallfahrten von Kantonsregierungen nach Brüssel, unter dem Deckmantel der alljährlichen «Schulreise», sind an der Tagesordnung.

Wir sind aufgerufen, dem Trend zu Grösse und Macht im eigenen Land, aber besonders der EU-Kommission entgegenzuwirken. Haben wir den Mut, die europäische Arroganz zu stoppen!
Nationalrat Dr. Pirmin Schwander

IN EIGENER SACHE

JAHRESBEITRAG 2007

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wir danken Ihnen, wenn Sie

- den Beitrag 2007 bereits einbezahlt haben,
- wenn Sie den Betrag aufgerundet haben.

Wir bitten Sie, ausstehende Jahresbeiträge möglichst rasch einzuzahlen. Vielen Dank.

Ihre AUNS-Geschäftsstelle

WETTBEWERB

«NEUER NAME FÜR DEN GRAUEN BRIEF!»

Kurz: Das Echo ist überwältigend – es sind unzählige Vorschläge eingegangen. Herzlichen Dank!

Die Geschäftsstelle und der Vorstand werden nun eine sorgfältige Prüfung vornehmen.

Wir halten Sie auf dem Laufenden.

FREIHEIT, UNABHÄNGIGKEIT

«... BASTA ...»

Bundesrat Hans-Rudolf Merz am 3. Mai 2007 an der Eröffnung des Swiss Economic Forum in Thun:

«Die EU-Kommission beruft sich auf das Freihandels-Abkommen von 1972 als Grundlage für ihre steuerlichen Forderungen. Wie aber der Name sagt, dient dieses Abkommen seit über 30 Jahren der Regelung der Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Schweiz. Es war weder als Steuerabkommen noch als solches mit Steuercharakter gedacht.

Die Schweiz hält alle ihre internationalen Verträge ein. Sie gilt völkerrechtlich sogar als vorbildliches Land.

«Als Nicht-EU-Land sind wir souverän und sollten unsere steuerpolitischen Freiräume auch weiterhin nutzen.»
*Nationalrat Gerold Bührer, Präsident economiesuisse,
2. Mai 2007*

Zwischen der EU und der Schweiz als Nichtmitglied bestehen jedoch keine Verträge, aus denen steuerpolitische Forderungen abgeleitet werden können.

Steuer-Reformen sind in unserem Land seit jeher autonome Entscheide des souveränen Staates und seiner Gesetzgebung gewesen. Dabei wird es bleiben; basta.»

AUNS-Standpunkt: *Bleiben Sie standhaft, Herr Bundesrat! – auch nach den eidgenössischen Wahlen vom Oktober! Also: keine FDP-Wahltaktik! Kein Entgegenkommen mit Wortspielereien! Wie sagten Sie doch: Basta!*

«ICH WÜSSTE NICHT, WESHALB DIE SCHWEIZ DER EU BEITRETEN SOLLTE»

Interview-Auszug (Neue Luzerner Zeitung, 02.04.2007) mit John Naisbitt, Buchautor, ehemaliger Topmanager, Unternehmer, stellvertretender Erziehungsminister und Präsidentenberater in den USA

Wie wird es mit der EU weitergehen?

Ursprünglich wurde die EU als Wirtschaftsraum gegründet. Heute ist sie eine politische Organisation. Negativ ist dabei der riesige, völlig desaströse Drang zur Harmonisierung. Nur schon das Debakel um die Verfassung zeigt das Problem. Das ist keine Verfassung, das ist ein 800-seitiges Regelbuch. Was die EU macht, ist das Gegenteil von Dezentralisierung.

Wie wird sich die EU entwickeln?

Ich glaube, die Türkei und Russland werden beitreten, aber nicht vor 40 Jahren.

Und die Schweiz? Wird sie beitreten?

Gott bewahre, Sie haben alle Vorteile. Mehr braucht die Schweiz nicht. Sie ist wirtschaftlich auf das Beste mit der EU verbunden, ohne Mitglied zu sein. Ich wüsste nicht, weshalb die Schweiz der EU beitreten sollte.

ZINSBESTEUERUNGS-ERTRÄGE EINFRIEREN

Das eidgenössische Finanzdepartement hat bekannt gegeben, dass im Jahr 2006 rund 536,7 Millionen Franken Steuern aus Zinserträgen von EU-Bürgern eingegangen sind. Das seit dem 1. Juli 2005 wirksame Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU sieht vor, dass diese Steuereinkünfte zu 75 Prozent an die begünstigten EU-Mitgliedstaaten gehen. Im Jahr 2006 waren das 402,54 Millionen Franken.

[Blick, 24.04.2007]

AUNS-Standpunkt: *Die Überweisungen sollten so lange gestoppt werden, bis die EU unsere Steuerhoheit akzeptiert.*

Unterschreiben Sie die Petition «Hände weg von unserem Steuersystem»

Die SVP-Sektionen der Innerschweizer Kantone wehren sich mit einer Petition gegen die Einmischung der EU in die kantonale Steuerhoheit. «Hände weg von unserem Steuersystem» heisst die Petition.

Der Petitionsbogen kann auf www.svp-sz.ch heruntergeladen oder bestellt werden beim Sekretariat der SVP Kanton Schwyz, Postfach, 8808 Pfäffikon, Telefon 055 410 41 52, Fax: 055 410 41 53, E-Mail: sekretariat@svp-sz.ch

WIR FRAUEN

UNSER ZUHAUSE

Petra Kunz, Nationalratskandidatin SVP Kanton Bern, Präsidentin SVP Sektion Schüpfen



Ist unsere Schweiz nicht mit dem eigenen Haushalt zu vergleichen? Ist nicht an beiden Orten gerade die Unabhängigkeit und Neutralität eine riesige Chance, dass wir uns wohl fühlen können? Sollten wir nicht an beiden Orten unsere Nachbarn korrekt behandeln,

aber in ihnen nicht unsere Freunde suchen? Sollten wir uns nicht an beiden Orten mit weniger Staat, mehr Eigeninitiative und gesundem Menschenverstand um unsere eigenen Angelegenheiten kümmern?

Leben wir eine Demokratie, die noch für den eigenen Haushalt eingesetzt wird und so überhaupt noch eine Demokratie sein kann?

Ich bin geschieden, habe zwei Töchter und bin teilzeitberufstätig – und ich behalte meinen eigenen «Haushalt», mit der damit verbundenen Eigenverantwortung. Aus diesem Grund wird man mich nie in der linken Politik antreffen, die aus jedem Haushalt eine Wohngemeinschaft machen will, in der sich jeder der Eigenverantwortung entziehen kann.

Blieben auch Sie sich selbst, nämlich ein Schweizer Bürger, dem der eigene Haushalt am Herzen liegt und für den er sich auch einsetzt!

Kämpfen wir für unsere Unabhängigkeit und bleiben wir neutral, denn uns geht nur das wirklich was an, was unser Zuhause betrifft.

AUNS «JEUNESSE»

WARUM BRAUCHT ES DIE AUNS?

Lukas Lanzrein, Gymnasiast, Nationalratskandidat JSVP, Thun



In der Schweiz gibt es immer wieder Diskussionen: Soll die Schweiz weiterhin ein direktdemokratisches Land bleiben oder sich multinationalen Organisationen anschliessen? In der Europapolitik wird in diesem Zusammenhang immer wieder die Frage eines EU-

Beitritts der Schweiz genannt.

Als junger Bürger mache auch ich mir meine Gedanken. In der Schweiz habe ich die Möglichkeit abstimmen und wählen zu gehen. Das Initiativ-, Referendums- und Petitionsrecht sind in der Bundesverfassung verankert. Die Schweiz ist heute das demokratischste Land der Welt, weltoffen, modern und wohlhabend. Schau ich auf unsere europäischen Nachbarn, stelle ich fest: All diese Staaten stehen unter dem Diktat Brüssels. Armut, Arbeitslosigkeit und (Rechts-)Extremismus machen sich breit, die Bevölkerung fühlt sich von der Politik im Stich gelassen, während die selbstgefällige Elite in Brüssel weiter ihrem luxuriösen Lebensstil frönt. Obwohl die negativen Folgen eines EU-Beitritts eins zu eins an unseren westeuropäischen Nachbarn veranschaulicht werden, herrscht in gewissen Schweizer Kreisen immer noch der Drang zum Inter-

nationalismus. Indes hat das Schweizer Volk den EU-Beitritt immer wieder deutlich abgelehnt. Doch die EU-Fanatiker haben eine neue Strategie: Beitritt durchs Hintertürchen! Einmal geht es um die Übernahme von fremdem Recht und fremden Richtern (Schengen), um die Abgabe der Souveränität in der Asylpolitik (Dublin) oder um unbegrenzte Zahlungen mit gleichzeitiger Entmündigung des Schweizer Volks (Ostmilliarde). Es zeigt sich: Mit der Angstkeule, die Schweiz würde bei der EU in Ungnade fallen, kann man jede Abstimmung gewinnen. Und auch nachdem das Schweizer Volk all diese Vorlagen brav durchgewinkt hat, steht ein neuer Konflikt auf dem politischen Parkett: der Steuerstreit. Denn die EU will nicht akzeptieren, dass die Schweiz ein föderalistischer und demokratischer Staat ist. Deshalb wird nun versucht, die Kantone anzugreifen. Noch bleiben die Politiker standhaft. Es gäbe nichts zu verhandeln, sagte der Finanzminister Hans-Rudolf Merz kürzlich. Auch die Wirtschaft bläst ins gleiche Horn. Doch wie lange? Diesen Herbst stehen eidgenössische Wahlen an, da würde man sich natürlich unbeliebt machen, wenn man jetzt schon wieder den Kniefall vor der EU übt. Doch was ist nach den Wahlen? Es ist in meinen Augen gut möglich, dass dann mancher «Verteidiger der Schweizerischen Souveränität» eine 180-Grad-Wendung machen wird. Deshalb braucht es die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS) – zum Wohle der Schweiz!

EU-FOKUS

EU ALS CO₂-SCHLEUDER

Die Pendelei des EU-Parlaments zwischen Brüssel und Strassburg produziert jährlich mindestens 20 000 Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂). Das geht aus einer Untersuchung im Auftrag der Europäischen Grünen Partei hervor. Die CO₂-Bilanz der Karawane von 784 EU-Abgeordneten entspricht dem Treibhausgas-Ausstoss von 4000 Londoner Haushalten. Kommt hinzu, dass der EU-Pendelverkehr im Jahr auch noch gut 200 Millionen Euro kostet. [Blick, 25.04.2007]

MOLOCH EU-BÜROKRATIE

Das deutsche Unternehmerinstitut der «Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer» (unter der Leitung von Professor Gerd Habermann) hat kürzlich eine exzellente 66-seitige Studie zur EU-Bürokratie vorgelegt. Der Titel der Studie lautet: «Für ein Europa des Wettbewerbs und der Vielfalt» (herunterladen unter www.asu.de oder bestellen bei: ASU, Postfach 191555, 14005 Berlin). Darin lässt sich im Einzelnen nachlesen, wie die Europäische Union *bürokratisiert, zentralisiert und entdemokratisiert* wurde:

- Etwa 130 000 Rechtsakte gehören inzwischen zum «gemeinschaftlichen Besitzstand», an dem nicht zu

rütteln ist. Bezeichnend ist, dass niemand die genaue Zahl kennt.

- Das täglich erscheinende Amtsblatt umfasste im Jahr 2004 mehr als 800 000 Seiten.
- Die Verschwendungswirtschaft ist enorm: Seit über 10 Jahren hat der Europäische Rechnungshof (ERH) dem EU-Budget seine Genehmigung stets verweigert.

Jetzt bestellen: AUNS-Broschüre «Europa braucht eine unabhängige Schweiz» von Professor Dr. Gerd Habermann!

AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31,
Fax 031 356 27 28, Tf 031 356 27 28, www.auns.ch,
redaktion@auns.ch / Die Broschüre ist kostenlos.

DIE EU ALS VERRAT AN EUROPA

Der grosse Nationalökonom Wilhelm Röpke hat seinerzeit vorausgesagt: «Wenn wir versuchen wollen, Europa zentralistisch zu organisieren (...) und zu einem mehr oder weniger geschlossenen Block zu schmieden, so ist das nichts weniger als Verrat an Europa und am europäischen Patrimonium (Erbe). Wir zerstören gerade das, was wir zu verteidigen haben.» [DeutschlandBrief, Mai 2007]

STANDORT CH

«EU-BEITRITT IST NICHT VON INTERESSE»

«Ein EU-Beitritt ist für die Wirtschaft nicht von Interesse. Mit einem Beitritt verbundene Effizienzgewinne würden durch die zahlreichen Nachteile (Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) mehr als aufgewogen. (...)

Die Schweiz ist wirtschaftlich eng mit den EU-Mitgliedsstaaten verbunden. Das ist wichtig für unsere Unternehmen. Es besteht kein Grund, von diesem erfolgreichen bilateralen Weg abzuweichen. Unser Land hat in eigener Regie bessere Rahmenbedingungen als diejenigen, die wir bei einem EU-Beitritt zu übernehmen hätten. In der EU sind es vor allem drei Bereiche, die aus Unternehmenssicht grundsätzliche Probleme aufwerfen: Die Finanz- und Fiskalpolitik, die Geld- und Währungspolitik sowie die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik.»

Frühjahrs-Medienkonferenz des Wirtschaftsverbandes *economiesuisse* vom 2. Mai 2007

SCHWEIZER INDUSTRIE IN HOCHFORM

Die Schweizer Industrie hat ihren Aufwärtstrend fortgesetzt. Die Indikatoren wiesen im 4. Quartal 2006 hohe Wachstumsraten auf. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal vergrösserten sich die Produktion um 9 Prozent und die Umsätze um 10 Pro-

zent. Sowohl die Auftragseingänge (+12%) als auch die Auftragsbestände (+18%) nahmen stark zu. [Bundesamt für Statistik, 19.03.2007]



Keystone

EUROPASITZ IN DIE SCHWEIZ VERLEGT

Der britisch-südafrikanische Brauereigigant SAB Miller wird die Zentrale für den europäischen Markt (in Europa 18 Brauereien mit 11 000 Angestellten) von Budapest nach Zug verlegen: «Den Sitz in der Schweiz zu haben ist für uns aus Kostenüberlegungen interessant, die Infrastruktur ist hervorragend, und auch die zentrale Lage mit den ausgezeichneten Flugverbindungen.» [Finanz und Wirtschaft, 04.04.2007]

UNO

ABSURDER UNO-VORWURF WEGEN «RASSISTISCHER» SCHWEIZ

Der «UNO-Sonderberichterstatter für Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz», der Senegalese Doudou Diène, hat Ende März 2007 die Lage in der Schweiz untersucht und dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf darüber rapportiert.

Wie andere Länder, so Diène, werde die Schweiz in einem tief greifenden Prozess multikulturell. Sie weise jedoch die kulturelle Vielfalt zurück (...). Diène empfiehlt dem Bundesrat, eine «Gesamtstrategie gegen Rassismus und Xenophobie» auszuarbeiten – mit Gesetzen auch gegen Diskriminierungen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, mit einer Stärkung der Antirassismus- und Ausländerkommission, mit der Schaffung einer vom Parlament gewählten Menschenrechtskommission mit Untersuchungs- und Handlungskompetenzen inkl. Verbandsklagerecht. [Gemäss NZZ, 28.03.2007]

AUNS-Standpunkt: Ausgerechnet die Schweiz mit über 20 Prozent Ausländeranteil muss sich von einem UNO-Gremium, dem zahlreiche Länder angehören, welche die Menschenrechte mit Füßen treten, Kritik gefallen lassen. Absurder geht es nicht!

Mitglieder des UNO-Menschenrechtsrates

Afrika: Ghana, Sambia, Senegal, Südafrika, Mali, Marokko, Mauritius, Gabun, Djibuti, Kamerun, Tunesien, Nigeria, Algerien.

Asien: Indien, Indonesien, Bangladesh, Japan, Malaysia, Pakistan, Süd-Korea, China, Jordanien, Philippinen, Bahrain, Saudi Arabien, Sri Lanka.

Lateinamerika, Karibik: Brasilien, Argentinien, Mexiko, Peru, Guatemala, Uruguay, Kuba, Ecuador.

Nordamerika: Kanada

Osteuropa: Russland, Polen, Tschechien, Ukraine, Aserbaidschan, Rumänien.

Westeuropa: Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Schweiz, Niederlande, Finnland.

SCHEIBENWISCHER

FÜR EIN ANDERES EUROPA!

Patrick Freudiger, Stadtrat, Langenthal



Am 9. Mai 2007 jährte sich wieder einmal der «Europatag» der EU. Dabei feiert die EU dieses Jahr besonders intensiv. Sich selbst, versteht sich. Vor 50 Jahren wurden die Römer Verträge abgeschlossen, ein wichtiger Etappenschritt zum Aufbau der EU. So feiern also die Berufseuropäer in den Amts- und Universitätsstuben von Helsinki über Warschau bis nach Madrid. Man könnte es auch als Ritual zur kollektiven Realitätsverdrängung bezeichnen. Denn was ist dieser europäische Traum heute? Ein Moloch, unter dessen schwerfälliger Bürokratie Freiheit und Selbstverantwor-

tung langsam ersticken. Unfähig zur Demokratie. Unfähig dazu, dass sich die Menschen mit ihm identifizieren und die lieb gewonnenen nationalstaatlichen Strukturen ablegen. Unfähig, der islamistischen Kampfansage an den westlichen Rechtsstaat auch nur annähernd etwas entgegenstellen zu können. Ja nicht einmal mehr selbst finanzieren kann er sich und sucht deshalb verzweifelt nach neuen Geldquellen (etwa in der Schweiz).

Wir, die wir unsere Brötchen nicht einem vereinigten Europa zu verdanken haben, stossen demgegenüber an auf ein anderes Europa. Auf ein Europa der Vaterländer und der Vielfalt, das selbstbewusst seine abendländischen Werte hochhält. Auf ein Europa mit Zukunft!

WERDEN AUCH SIE MITGLIED BEI DER AUNS

Ich trete der AUNS bei als Mitglied (Ehepaar) Gönner oder Sympathisanten
 Jahresbeiträge: Fr. 35.– (Fr. 50.–) Fr. 100.– nach freiem Ermessen.

Senden Sie mir ausführliche Informationen über die AUNS.

Name/Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Einsenden an: AUNS, Postfach 669, 3000 Bern 31, Telefon 031 356 27 27, Fax 031 356 27 28, Postkonto 30-10011-5